

## ***Call for Papers***

### **Die Idee deliberativer Demokratie in der Bewährungsprobe**

Tagung in Hannover, 20.-22. oder 27.-29. März 2013

*Organisation:*

Prof. Dr. Claudia Landwehr ([landwehr@politik.uni-mainz.de](mailto:landwehr@politik.uni-mainz.de))

Prof. Dr. Rainer Schmalz-Bruns ([r.schmalz-bruns@ipw.uni-hannover.de](mailto:r.schmalz-bruns@ipw.uni-hannover.de))

Dass Demokratie „deliberativ“ zu sein habe, wird immer seltener grundsätzlich in Frage gestellt, und Deliberation wird zunehmend als Synonym für politische Kommunikation und Willensbildung verwendet. In der Tat sind deliberative Theorien in akademischen und öffentlichen Debatten so einflussreich, dass es gerechtfertigt ist, von der Dominanz eines deliberativen Paradigmas zu sprechen. In der politischen Theorie allerdings scheint der Optimismus der 90er Jahre einer skeptischeren Haltung gewichen, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speist. Zunächst haben die ins Globale erweiterten räumlichen Dimensionen politischer Prozesse und die intern komplexe Struktur einer entstehenden Weltgesellschaft generell Zweifel daran provoziert, ob und inwiefern diese Prozesse überhaupt noch in demokratischer Weise zu strukturieren sind. In den Sog dieser Frage geriet in der Folge die Idee deliberativer Demokratie auch deshalb, weil zumindest einige ihrer Vertreter der offenkundigen Versuchung, die Dominanz exekutivlastiger Strukturentwicklungen mit der Idee deliberativer Rationalität zu fusionieren, nicht entschieden genug entgegentraten. Diese Fusion ließ es möglich scheinen, elitistische und expertokratische Strukturbildungen zu prämiieren oder das Bild offensichtlicher Demokratiedefizite im Namen einer „stakeholder democracy“ (MacDonald) so zu retuschieren, dass auch demokratie-kompensatorische Entwicklungen von der normativen Dignität der Idee deliberativer Politik zehren können sollten (de Burca).

Theoretiker und empirische Deliberationsforscher sollen miteinander ins Gespräch gebracht werden, um empirische Prämissen der normativen Theorie deliberativer Demokratie zu prüfen sowie Implikationen empirischer Forschungsergebnisse für die Theoriebildung zu identifizieren und somit Lücken in Theorie und Forschung zu schließen. Eine Klärung des schimmernden Begriffes der Deliberation soll dabei zugleich neue Perspektiven eröffnen und

zur kritischen Hinterfragung der Theorie und ihrer aktuellen Dominanz beitragen. In diesem Sinne möchten wir vier thematische Eckpunkte setzen:

### **1. Normative Grundlagen deliberativer Politik**

Aktuelle Debatten haben Wirkungen hinterlassen, die auf die normativen, begrifflichen und konzeptionellen Grundlagen des Modells deliberativer Politik selber durchschlagen. Sie gehen über die Bestrebung hinaus, sich einerseits in einer großen Zahl empirisch ansetzender Untersuchungen der Konturen des Bildes, das eine diskursive Form der politischen Rationalität in der Wirklichkeit hinterlässt zu versichern und andererseits die Spuren zu identifizieren, denen man im Lichte deliberativ gestimmter Reformideen implementationswirksam nachgehen könnte. Die Intensität der Reaktionen lässt spüren, wie groß der theoretische Klärungsbedarf bezüglich der Artikulation und Verschränkung der dem Ideal zugrundeliegenden Prinzipien der Moral (Gerechtigkeit), des Rechts und der Demokratie nach wie vor sind.

### **2. Empirische Deliberations- und Innovationsforschung und Ebenen deliberativer Politik**

Was eigentlich ist Deliberation, welche Effekte hat sie auf Teilnehmer und warum? Immer mehr Arbeiten versuchen, deliberative Interaktion qualitativ und quantifizierend zu beschreiben, zu messen und zu analysieren (siehe Bächtiger, Niemeyer, Neblo et al. 2010). Letztlich geht es darum, die empirischen Prämissen deliberativer Demokratietheorien in Hypothesen zu verwandeln und zu prüfen (Mutz 2008). Welche empirischen Erkenntnisse könnten die Attraktivität deliberativer Theorien grundsätzlich in Frage stellen? Wie wirken institutionelle Kontexte auf kommunikative Interaktion? Und wie entscheiden wir über institutionelles Design, wenn deliberative Werte wie Respekt, Inklusion, Rechtfertigungszwang und Reflektionsbereitschaft miteinander in Konflikt geraten?

### **3. Re-presenting Representation: politische Repräsentation und deliberative Politik**

Aber die Wirkung dieser häufig metatheoretisch ausgelegten Debatten strahlt ganz ohne Zweifel auch auf die anderen Ebenen der Theoriebildung wie schließlich der empirisch-analytischen Forschung aus. Genau an dieser Nahtstelle sind also Desiderate entstanden, die aufzunehmen und im Austausch zwischen Empirie und Theorie ein Stück weit abzutragen ein ausdrückliches Ziel der Tagung bilden. Dabei muss sich die Frage nach der (transnationalen) Zukunft der Demokratie mit einer Analyse und Kritik der Verzerrungen gegebener

Repräsentationsverhältnisse ebenso verbinden wie mit der Thematisierung der Möglichkeiten einer neuen konstitutionellen Stiftung des Verhältnisses von Demokratie und Recht. Wo ist der Ort der Deliberation – in einer nicht institutionalisierbaren Öffentlichkeit, in Bürgerforen oder im Parlament? Sollen wir die bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie – insbesondere das Parlament – deliberativ umgestalten oder verhalten sie sich mit ihrer antagonistischen Interaktionslogik komplementär zu deliberativen Foren?

#### **4. Deliberative Grundlagen postnationaler Politik?**

Spätestens seit der in der Aufklärung vollzogenen vernunftrechtlichen Synthese von Demokratie und Recht, die sich in der Idee des demokratischen Verfassungsstaates materialisiert, kann die präsumptive Anerkennungswürdigkeit (und das ist die Legitimität) politischer Herrschaft nur noch über die Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen etabliert oder ratifiziert werden. Wenn aber aufgrund der zunehmenden Auflösung der nationalstaatlichen Kongruenzbedingung der Kreis der von Gesetzgebung Betroffenen über die diese Gesetzgebung formell Autorisierenden hinausgreift, wird uns der schwierige Gedanken einer Entsubstantialisierung der Idee der Volkssouveränität aufgenötigt. Der vierte Teil der Tagung soll rekonstruktiv an dem Phänomen der Politisierung von Legitimationsstrukturen ansetzen, um so ins Licht zu rücken, in welchen Formen sich eine demokratische Wiederaneignung solcher Prozesse vollziehen könnte.

*Die Organisatoren freuen sich auf Vortragsvorschläge, die bis zum 31. August 2012 erbeten werden.*